

Arheilger

Nachbarschaftszeitung

SPD

*Fröhliche Weihnachten!
Merry Christmas! Bonne Noël!
Buon Natale! Sretan Božič!
Vrolijk Kerstfeest! Wesolych Świąt!
Feliz Natal! Glad Jul! Feliz Navidad!*

**Die SPD Arheilgen wünscht Ihnen ruhige und besinnliche
Weihnachtstage und ein glückliches neues Jahr.**



v.l.n.r.: Horst A. Härter, Stadtkämmerer Gerd Grünewaldt, Jürgen Hein-Benz, Hanno Benz, Käthe Langendorf, Oberbürgermeister Peter Benz, Matthias Benz. Es fehlen: Günter Höpp, Werner Lang, Manfred Hausmann, Ute Günter und Berthold Mücke. Mit auf dem Bild zu sehen ist außerdem der Parteinachwuchs.

Hanno Benz
Vorsitzender der SPD Arheilgen,
Stadtverordneter

Jürgen Hein-Benz
stellvertretender Vorsitzender
der SPD Arheilgen

Horst A. Härter
Arheilger Stadtverordneter

SPD Arheilgen fordert Ampelanlage zur Sicherung der Jägertorstraße

Mehr LKWs, mehr Durchgangsverkehr mit unangepasster Geschwindigkeit und deutlich mehr Lärm müssen die Anwohner der Messeler Straße und der Jägertorstraße ertragen, seitdem das Tempolimit auf diesen Arheilger Verkehrswegen im Sommer per Gerichtsentscheid aufgehoben wurde. „Besonders im Berufsverkehr ist die Überquerung der Jägertorstraße für Kinder und ältere Menschen eine Gefahr. Hier hat ein Gericht am grünen Tisch entschieden, ohne die tatsächlichen Verhältnisse zu kennen,“ erklärt der stellvertretende Arheilger SPD-Vorsitzende Jürgen Hein-Benz.

Freiwillig Tempo 30. Der Kinder wegen.

Es sei unzulässig innerörtliche Hauptverbindungsstraßen mit Tempo 30 zu beschränken, führten die Richter zur

Begründung des Urteils aus. Gegen die Geschwindigkeitsbeschränkung hatten vier Darmstädter Klage beim Verwaltungsgericht eingereicht, nachdem das Regierungspräsidium 1995 einen Widerspruch gegen die Einführung von Tempo 30 in den Arheilger Straßen zurückgewiesen hatte. Mit dem Urteil gilt wieder Tempo 50 als Höchstgeschwindigkeit. Trotzdem fordere die Arheilger SPD alle Autofahrer auf freiwillig Tempo 30 zu fahren, um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer zu gewährleisten. In den zum Teil engen und unübersichtlichen Straßen sei ein Tempolimit von 30 km/h notwendig, um Unfallrisiken zu minimieren, betont die Arheilger SPD.

Ampelanlage notwendig

Der Appell an die Vernunft der Autofahrer werde aber wohl nicht ausreichen. In einem Antrag an die

Stadtverordnetenversammlung zur Wiedereinführung eines Tempolimits hatten die Arheilger SPD-Stadtverordneten deshalb umgehend reagiert. Darin fordern die Sozialdemokraten auch eine Bedarfsampelanlage zu errichten, um eine gefahrenfreie Querung der Straße zu ermöglichen. Derzeit werde durch die zuständigen Fachämter geprüft, welcher Standort am geeignetsten sei.

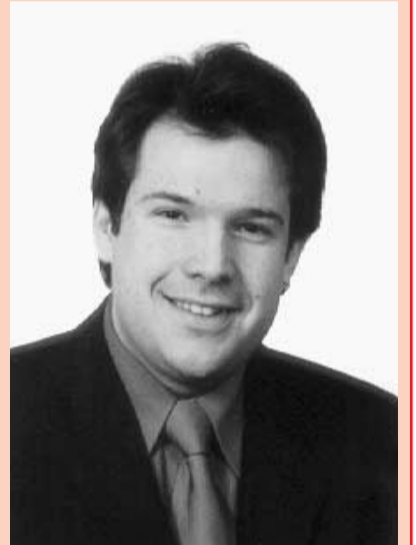
Insgesamt gelte es deutlich zu machen, dass Messeler- und Jägertorstraße keine Ersatzstrecke für den Durchgangsverkehr, sondern eine Wohnstraße ist. Deshalb begrüße die SPD auch die Initiative von Anwohnern, die eine Verbesserung der Situation erreichen wollen außerordentlich. „Wir sind jederzeit bereit, gemeinsam mit den betroffenen Anwohnern über Maßnahmen, die die Straße sicherer machen zu reden.“ erklärt Jürgen Hein-Benz.

Der Kommentar

Die Schadensbilanz von Roland Koch

von Hanno Benz
Vorsitzender der SPD Arheilgen

Roland Koch ist nach drei Jahren wieder dort gelandet, wo er 1999 gestartet ist. Der Beginn der Legislaturperiode war geprägt vom CDU-Schwarzgeldskandal und den angeblich jüdischen Vermächtnissen, das Ende ist geprägt von dem unerträglichen Judenstern-Vergleich des Ministerpräsidenten. Roland Koch hat wieder die Grenzen des demokratischen Konsenses überschritten. Dieser Ministerpräsident ist unfähig, die Weltoffenheit und Toleranz unseres Landes nach außen zu vertreten



Vier Jahre Roland Koch haben Hessen geschadet. In vielen Bereichen muss man von einer Schadensbilanz sprechen, wenn man diese Zeit Revue passieren lässt. Die Landesregierung hat die Chance vertan, die Zukunft zu gestalten. Die Regierung verwaltet die Wirtschaftspolitik und gestaltet sie nicht. Der Ministerpräsident führt nicht zusammen, sondern spaltet die Gesellschaft. Er verantwortet eine Bildungspolitik der Auslese und nicht der Förderung aller Talente. Der Regierungswechsel in Hessen ist überfällig.

Unter Roland Koch und Finanzminister Weimar werden Schulden gemacht wie noch nie. Allein für das Jahr 2002 muss mit einer Verdoppelung der Neuverschuldung gerechnet werden. Und obwohl seit Mai bekannt war, dass 500 Millionen Euro in der Kasse fehlen, wurde nicht umgesteuert, sondern das Haushaltsloch noch vergrößert.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist innerhalb von zwei Jahren um 18 Prozent gestiegen. Jungen Menschen wird

damit der Einstieg ins Berufsleben verwehrt. Aber wer den Einstieg nicht schafft, wird darunter ein Leben lang leiden. Gerade deshalb wiegt das Versagen der Landesregierung in dieser Frage so schwer.

Kein Ressort ist mieser behandelt worden als der Sozialbereich. Dessen Etat ist zum Steinbruch verkommen. Bei der Betreuung von Kleinkindern dümpelt Hessen beim Ländervergleich am Tabellenende. Es gibt zu wenig Krippenplätze. Bei den Kindergärten wurden 200 Millionen Euro gestrichen. Alten Menschen wird zu wenig geholfen – die Beratungsstellen für Senioren waren die ersten Opfer des Sozialen Kahlchlags.

Bei der Landtagswahl am 2. Februar geht es um die Zukunftsfähigkeit des Landes. Hessen und seine Einwohner haben es verdient fortschrittlich und sozial gerecht regiert zu werden. Deshalb Gerhard Bökel und SPD wählen!

Herzliche Einladung.

Neujahrsempfang der SPD Arheilgen

mit

Heidemarie Wieczorek-Zeul

Stellvertretende SPD-Vorsitzende,
Bundesministerin für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung

Freitag, 17. Januar 2003
ab 17.30 Uhr
im Goldenen Löwen

www.spd-arheilgen.de

SPD

Für mehr Bildung, Erziehung und Betreuung: Gute Schule - ganztags

von Michael Siebel,
Landtagsabgeordneter

Bildung ist das wichtigste Tätigkeitsfeld der Politik in den kommenden Jahren. Durch die Pisa-Studie haben Deutschlands Schulen ihr Zeugnis bekommen: Sitzen geblieben. Deutsche Schüler verstehen Texte schlechter als ihre Altersgenossen in vergleichbaren Nationen. Auch die Leistungen in den Naturwissenschaften und der Mathematik sind unter dem internationalen Durchschnitt. Kein anderes Industrieland zählt prozentual so viele Bildungsverlierer wie Deutschland.

Es gibt in Deutschland keine Chancengleichheit in der Bildung - soziale Herkunft bestimmt den Bildungserfolg wie in keinem anderen Land sonst. Die Erfolge anderer Länder zeigen, dass Chancengleichheit und Qualität kein Widerspruch sind, sondern Ziele, die zugleich erreicht werden können. Ganztagsangebote und Ganztagschulen haben zusätzliche methodische, lerndidaktische und erzieherische Chancen und bieten daher die Voraussetzungen, um Schülerinnen und Schüler auf breiter Basis individuell zu fördern. Genau dies braucht unser Land.

Ganztagschulen sind besser in der Lage, Chancengleichheit und die soziale Integration für alle Schülerinnen und Schüler zu verwirklichen. Ganztagsangebote und Ganztagschulen sind ein entscheidender Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie entsprechen den Anforderungen an eine moderne Familienpolitik, die auf die Veränderungen von Familienstrukturen reagiert und Antworten bereit hält. Sie verbessern nicht zuletzt die Wettbewerbschancen des Wirtschaftsstandorts Deutschland, die mehr denn je durch die Qualität von Bildung und Ausbildung bestimmt werden.

Die pädagogische Begründung

Wir wollen Chancengleichheit und damit alle Begabungen fördern. Wir werden Sozialisations- und Lerndefizite kompensieren und besondere Begabungen mit Förderangeboten unterstützen. Wir können zusätzliche Qualifikationen z.B. im Umgang mit den Neuen Medien oder beim Erwerb von Fremdsprachen vermitteln. Neue Formen des Lernens insbesondere des selbst- und handlungsorientierten Lernens können eingeübt werden. Wir wollen die Zahl der Schulabbrecher und Schulabgänger ohne schulischen Abschluss senken und die Ausbildungs- und Berufsfähigkeit aller Schülerinnen und Schüler stärken. Wir werden die Quote der mittleren und höheren Schulabschlüsse erhöhen, wir qualifizieren unsere Schülerinnen und Schüler besser im internationalen Vergleich. Wir gewinnen mehr Zeit für integrative Maßnahmen, besondere Talente können durch entsprechende Angebote z.B. im sportlichen, musischen oder naturwissenschaftlichen Bereich gefördert werden.

Die familien- und sozialpolitische Begründung

Schwieriger gewordene Sozialisationsbedingungen in vielen Elternhäusern und die nachlassende Erziehungskraft in vielen Familien erfordern kompensierende Maßnahmen durch die Schule. Wir wollen zusätzliche Betreuungs- und Integrationsmaßnahmen für gefährdete Kinder und Jugendliche. Wir wollen integrierte Schulsozialar-



beit und Maßnahmen zur Gewalt- und Drogenprävention anbieten. Ausländische Kinder und Aussiedlerkinder brauchen fördernde und unterstützende Maßnahmen zum Erwerb der deutschen Sprache und Teilhabe an der kulturellen und sozialen Umgebung. Wir können zusätzliche Hausaufgaben- und Nachhilfe für alle mit Förderbedarf organisieren, unabhängig vom Einkommen der Eltern.

Die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Begründung

Der strukturelle Wandel der Wirtschaft erfordert zusätzliche Qualifikationen der Schulabgänger. Die Ressource Wissen und der kompetente Umgang mit den neuen Technologien in den Bereichen Information und Kommunikation werden die Zukunftsfähigkeit von Gesellschaft und Staat entscheidend bestimmen. Die Kompetenzen gut ausgebildeter junger Frauen können im Eigen- und im Allgemeininteresse genutzt werden.

Unser Konzept

Wir wollen Ganztagschulen in gebundener und/oder in offener Form. In der nächsten Legislaturperiode werden wir an 500 Schulen Ganztagsangebote schaffen. Die Entscheidung, welche Form gewählt wird, trifft die Schule selbst (Stärkung der Selbstverantwortung) in Abstimmung mit dem Schulleiter (Schulentwicklungsplan) und dem Staatlichen Schulamt. Im Schulprogramm werden die inhaltliche Konzeption (Betreuung/Förderung/Unterrichtsorganisation) und der organisatorische Rahmen (Zeitbudget/Zusammenarbeit mit außerschulischen Organisationen) festgelegt. Die personelle und finanzielle zusätzliche Ausstattung richtet sich nach diesem Konzept.

Die Zusammenarbeit mit außerschulischen Organisationen wie z.B. Betrieben, Sport- und Musikvereinen, sozialen, karitativen und kulturellen Einrichtungen wird intensiviert. Dies bedeutet, dass ganztägig arbeitende Schulen neben einem zusätzlichen Angebot an Lehrerstunden auch anderes Personal beschäftigen und seitens des Landes Mittel („Mittel statt Stellen“) dafür bereit gestellt werden.

Im Verlaufe der ersten Legislaturperiode ab 2003 werden somit in Hessen insgesamt 500 Schulen aller Schulformen wohnortnah bei allen Schulträgern gefördert und mit ganztägig arbeitenden Konzepten für vier oder auch fünf Nachmittage ihre Türen geöffnet haben.

Chancengleichheit ist die Aufgabe

Mit der Antwort auf die Bildungsmisere in Deutschland wird nichts weniger entschieden als die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Die konservativen Bildungsvorstellungen führen in die Sackgasse. Eine Gesellschaft, in der nur Wenige Vieles wissen und Viele Wenig können, wird auf Dauer auch von den Wenigen nicht getragen werden können. Wir brauchen ein Bildungssystem, das allen Kinder die notwendigen Zukunftsqualifikationen vermittelt. Chancengleichheit ist unsere Aufgabe.

Frankfurter Landstraße: Entwicklungschancen nutzen

SPD begrüßt Ergebnisse des Planungsbeirates und favorisiert praktische Lösungen

Die jüngsten Ergebnisse des Planungsbeirates zur Umgestaltung der Frankfurter Landstraße können sich sehen lassen. Das Mitwirkungsorgan aus Bürgern, Parlamentariern, Verbänden und Verwaltung, das im November 2001 die in Arheilgen heiß diskutierte Arbeit aufnahm, legte im September dem Magistrat der Stadt Darmstadt ein schlüssiges Planungskonzept vor.

Leitlinie der Planung ist es, das Zentrum Arheilgens städtebaulich zu einem echten Ortsmittelpunkt aufzuwerten und zugleich den öffentlichen Personennahverkehr für die Anforderungen der nächsten Jahrzehnte sattelfest zu machen. Zentraler Bestandteil dieser Überlegungen ist der Rückbau der Straßenbahnschleife in der Hofgasse und ihr zweigleisiger Ausbau vom Ortseingang im Süden bis zum Ortsende in Richtung Wixhausen.

Durch den Ausbau wird der Straßenbahn zum augenfälligsten Verkehrsmittel, das der Frankfurter Straße mehr Urbanität verleiht und mit ihren Haltestellen den Lebensrhythmus auf der Straße neu strukturiert. Am „Löwen“ und am „Schwanen“ liegen sich die Haltestellen in beiden Richtungen einander direkt gegenüber. Damit werden diese Bereiche als Plätze des öffentlichen Lebens besonders betont. Durch den Wegfall der Wendeschleife beim Löwen kann dieser Bereich als städtebaulich hervorgehobenes Ortszentrum umgestaltet werden.

Nahverkehr wird sicherer und komfortabler

Durch den Ausbau der Straßenbahn wird der öffentliche Nahverkehr insgesamt neu strukturiert. Das in den Hauptverkehrszeiten heute zum Teil gefährliche Umsteigen zwischen Bussen und Bahnen in der Hofgasse wird entkrampft. Schulkinder aus Wixhausen oder Arheilgens Osten brauchen sich nicht mehr gleichzeitig in die bereitstehenden Straßenbahnen drängen. Der Bus aus Wixhausen kann am Ortsausgang an der neuen Wendeschleife angebunden werden. Wo der A-Bus in Richtung S-Bahnhof und Steinstraße angebunden wird, muss noch abschließend geklärt werden. Diese Frage ist auch eng mit der Umgestaltung der Unteren Mühlstraße und des Ruthensbachs verknüpft. Auf alle Fälle bieten die neuen Straßenbahnhaltestellen, weitgehend ausgelegt für moderne Niederflertechnik, für alle Fahrgäste mehr Sicherheit und mehr Komfort.

Im Verlauf von Süden nach Norden soll die Straße in zwei unterschiedliche Ausführungen umgestaltet werden:

1. Von Virchowstraße bis Fuchsstraße/Jakob-Jung-Straße nutzen Bahn und Individualverkehr, sprich: Autofahrer, eine gemeinsame Spur nach Norden, in südlicher Richtung sind die

Fahrwege voneinander getrennt. Autos können so nach Darmstadt nebeneinander fahren, gegenseitige Beeinträchtigungen gibt es hier nicht.

2. In den übrigen Streckenabschnitten nutzen Autos und Bahnen jeweils die gleiche Richtungsspur gemeinsam. Nach den Erfahrungen der Planungsexperten aus anderen Orten und Städteilen werden sich die Verkehrssysteme nach einer Übergangszeit gegenseitig so arrangieren, so dass der Verkehr gut abfließt. Mehr Bäume, Büsche oder Blumen werden den Straßenraum insgesamt freundlicher gestalten.

Anwohnersorgen werden ernst genommen

Die Arheilger SPD begrüßt die vorgeschlagenen Elemente zur Neugestaltung der Frankfurter Landstraßen. „Wir wollen, dass Arheilgen insgesamt ein freundliches Gesicht bekommt und seine einmaligen Entwicklungschancen nutzt. Dies gelingt nur, wenn die vorgesehene Komplettlösung realisiert werden wird,“ so die Arheilger SPD-Stadtverordneten Hanno Benz und Horst A. Härter, die die Umgestaltung im Stadtparlament unterstützen werden

Gleichwohl nimmt die Arheilger SPD Bedenken der Anlieger ernst: „Auch wenn wir eine klare Position zum Gesamtkomplex haben, für Gespräche und Initiativen stehen wir immer zur Verfügung,“ betonen die Sozialdemokraten.

Um die Diskussion über mögliche Belastungen aus Lärm und Erschütterungen als Folge des Straßenbahnausbaus zu versachlichen, wurden Gutachten in Auftrag gegeben. Deren Ergebnisse liegen bis Jahresende, spätestens Anfang 2003, vor. Daraus werden dann die baulichen Konsequenzen abgeleitet. So hat beispielsweise der HEAG-Verkehrsbetrieb immer betont, so zu bauen, daß die Anwohner so gering wie möglich belastet werden. „Wenn sich bei der SPD ausreichend Interessenten finden, werden wir das Angebot der HEAG annehmen, eine Sonderfahrt nach Saarbrücken oder

Karlsruhe durchzuführen annehmen,“ kündigt der Stadtverordnete Horst A. Härter an. „Dort wurden ebenfalls Neubaustrecken in Ortslagen gebaut. Ein Hörtest vor Ort kann manche Bedenken beseitigen.“

Andere Anlieger sorgen sich wegen der Kosten, die ein Straßenumbau nach sich ziehen wird. „Gerade die Verknüpfung von Bahn- und Straßenbau wird zur Kostentlastung der Anwohner beitragen. Viele Aufwendungen können in den Straßenbahnbau eingerechnet werden. Hierfür werden keine Anliegerbeiträge erhoben,“ betont Hanno Benz. Die Belastung der Anlieger fällt deshalb wegen der Straßenbahn wesentlich geringer aus.

SPD unterstützt die praktikabelste Lösung

Bei der Gestaltung der Nordeinfahrt geht es vor allem um die Lage der neuen Straßenbahnwendeschleife. Alternativ diskutiert werden die Ostseite nördlich der ARAL-Tankstelle die Westseite – nördlich der letzten Häuserzeile. Aus der Sicht des Natur- und Landschaftsschutzes, der Stadtplanung und Stadtgestaltung wie auch der Verkehrspolitik verbuchen beide Vorschläge Vor- und Nachteile. Eine Nutzen-Kosten-Untersuchung wird demnächst darlegen, welche Alternative am kostengünstigsten ist und deshalb besonders förderungswürdig ist.

Die Ostvariante bietet städtebaulich die klarste Stadtrandkonzeption, bringt aber auch die größten Eingriffe in die Ruthensbachau. Die Westvariante hat ihren Reiz durch die Zuordnung zu möglichen Sportanlagen, wie sie im Entwurf zum Flächennutzungsplan für das Areal im Bogen der B-3 Westumgehung angedacht werden.

„Die SPD wird vorurteilsfrei die praktikabelste Lösung unterstützen. Wir sind froh, daß die Umsetzung unserer alten Forderungen in greifbare Nähe gerückt ist. Im Jahr 2006 kann, wenn keine Verzögerungen eintreten, die Baumaßnahme durchgeführt werden,“ freuen sich die Stadtverordneten Benz und Härter.



Mit dem Ausbau der Straßenbahn an das Ortsende Arheilgens ergeben sich auch für diesen Teil der Frankfurter Landstraße große Umgestaltungsmöglichkeiten.

Arheilgen steht gut da

von Stadtkämmerer
Gerd Grünewaldt

Mit dem Abschluss der Haushaltsberatungen für die Jahre 2003 und 2004 können die Arheilger zufrieden feststellen, dass erhebliche Mittel für ihren Stadtteil bereitgestellt werden. Ganz besonders fällt dabei auf, wie viel Geld für den Ausbau und Umbau von Schulen vorgesehen ist: Die Erweiterung der Wilhelm-Busch-Schule – wegen des Zuzugs von Neubürgern erforderlich – wird im nächsten Jahr fast 1 Million € ausmachen.

Hinzu kommt ein weiterer Betrag zur Herrichtung der Außenanlagen. Die Astrid-Lindgren-Schule erhält eine Fassadensanierung, die Stadtteilschule bekommt einen Erweiterungsbau und zusätzliche Brandschutzmaßnahmen für die Turnhalle für insgesamt 850.000 €. Eine weitere Ausgabe für die Dachsanierung der Stadt-

teilschule macht in den beiden folgenden Jahren noch einmal 375.000 € aus.

Auch für das Jugendhaus „HEAG-Häuschen“ stehen 41.000 € bereit, mit denen der Keller trocken gelegt und einer künftigen zusätzlichen Verwendung zugeführt werden kann. Der Neubau des Kindergartens am Asternweg wird im kommenden Jahr mit den Mitteln für die Einrichtungen in Höhe von 190.000 € abgeschlossen. Ein besonders großer Anteil fließt dem Kindergarten in der Hofgasse zu, bei der die Stadt Eigentümer und die Arbeiterwohlfahrt der Träger ist: Insgesamt sind für die nächsten 2 Jahre 495.000 € für die Gesamtsanierung dieser Kindertagesstätte im Haushalt vorhanden.

Sanierungsfördermittel für die Altstadt Arheilgen haben im kommenden Jahr einen Ansatz von 690.000 €. Für den Straßenbau – insbesondere im

Neubaugebiet Ötterstädter Weg – sind noch einmal mehr als 1 Mio. € eingeplant.

Der Friedhof Arheilgens wird erweitert und die Trauerhalle bekommt eine Dachsanierung. Dafür sind insgesamt in den nächsten beiden Jahren rund 250.000 € vorgesehen. Für die Erneuerung der Brücken in der Bachstraße gibt die Stadt Zuschüsse in Höhe von 50.000 €.

Weiterhin hohe Aktualität für Arheilgen besitzt das Thema einer gerechteren Verteilung des Fluglärms. Hierzu soll ein in Auftrag zu gebendes Lärm- schutzgutachten, an dem sich die Stadt mit 30.000 € beteiligt, Aufschluß über die Verteilung des Lärms geben. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die Neubaugebiete eine äußerst notwendige Untersuchung, schließlich kann nicht aller Lärm über Darmstadts Norden abgeladen werden.

Impressum

Oarhelljer Nachbarschaftszeitung, Ausgabe: 1/2002
Herausgeber: SPD-Ortsverein Darmstadt - Arheilgen
V.i.S.d.P.: Jürgen Hein-Benz, Jägerstorstr. 60, 64291 DA
Redaktion: Jürgen Hein-Benz, Hanno Benz
Mitarbeit: H.A.Härter, Käthe Langendorf, Günter Höpp, Werner Lang u.a.
Fotos: Matthias Benz, Sebastian Schmitt, Archiv
Auflage: 7.000 Stück

Familien unterstützen – Bildung stärken: Grundlagen für eine moderne und gerechte Gesellschaft

von Walter Hofmann, Bundestagsabgeordneter

Kerngedanke sozialdemokratischer Politik ist die Schaffung einer Gesellschaft, in der Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit verwirklicht werden. In Zeiten eines tiefgreifenden Strukturwandels in allen Lebensbereichen werden wir auch in Zukunft darauf achten, diese beiden Eckpfeiler sozialdemokratischer Politik zu erhalten und weiter zu stärken. Gerade die Unterstützung von Kindern und ihren Eltern im Familienleben, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und hochwertige Bildungsangebote bilden die Grundlagen für den Zusammenhalt in der Gesellschaft, aber auch für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes.

Bereits in den vergangenen vier Jahren haben wir die materielle Sicherheit von Familien und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf spürbar verbessert. Wir haben das Kindergeld um ein Drittel erhöht, eine familienfreundliche Steuerreform eingeleitet und die Möglichkeit der flexiblen Elternzeit eingeführt. Eltern können einen Anspruch auf Teilzeitarbeit geltend machen. Erhöhtes BAföG für Schülerinnen und Schüler, Studierende und Meister und die Hochschulreform waren wichtige Neuerungen im Bildungsbereich.

In den kommenden vier Jahren sind die Ziele klar: Wir sichern die Zukunftschancen unseres Landes durch mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit; wir investieren in mehr und bessere Bildung, denn nur wenn wir unsere junge Generation fördern, sorgen wir für eine nachhaltige Entwicklung. Wir schaffen Rahmenbedingungen, damit die Menschen ihre Qualifikationen, ihr Potenzial und ihre Ideen in unser Wirtschaftsleben einbringen und gleichzeitig ihren Wunsch nach Familie, Kindern und Partnerschaft realisieren können.

Zum gesellschaftlichen Zusammenhalt gehören gleiche Chancen für alle. Wir wollen Gerechtigkeit und Chancengleichheit im Interesse und zum Wohle der Menschen und unseres Landes stärken. Wir orientieren uns dabei

an der Lebenswirklichkeit der Menschen. Anders als in der Union ist für uns nicht eine bestimmte Rollenverteilung von Familie leitend.

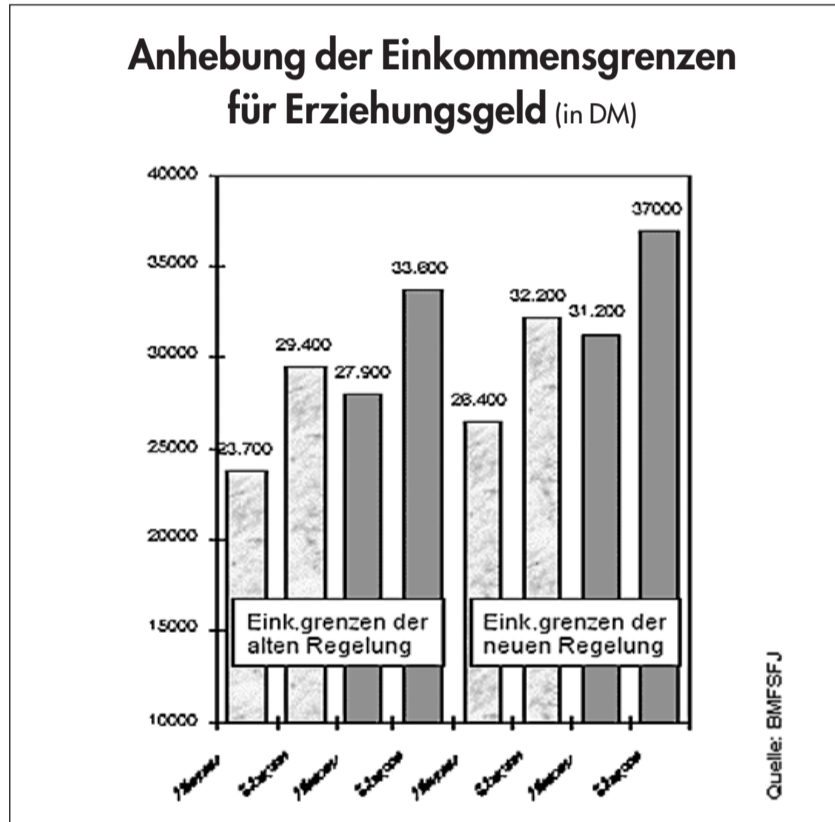
Um diese Ziele zu erreichen, haben wir konkrete Wege benannt. Gerade in schwierigen finanzpolitischen Zeiten müssen Prioritäten gesetzt werden. Investitionen in Familie und Bildung sind notwendig, um unsere gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunft zu sichern.

Unsere wichtigsten Investitionen in Familie und Bildung haben wir im Koalitionsvertrag festgelegt:

Mit dem Programm „Zukunft Bildung und Betreuung“ werden wir 10.000 Ganztageschulen aufbauen und dafür im Zeitraum von 2003 bis 2007 vier Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Mit diesem Vorhaben nimmt die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung ihre Verantwortung ernst, Familien zu unterstützen und Bildungsangebote zu stärken. Kinder und Eltern werden von dieser Weiterentwicklung profitieren – Kinder fin-

den Orte des Lernens und Eltern können Familie und Beruf besser vereinbaren. Die Kommunen erhalten 1,5 Mrd. Euro, damit eine bedarfsgerechte Betreuungsquote für Kinder unter drei Jahren von mindestens 20% erreicht wird. Politik muss sich an der Lebenswirklichkeit und den Bedürfnissen von Familien orientieren; deshalb schaffen wir ein echtes Angebot für Betreuung. Gleichzeitig wird dafür gesorgt, dass Kindertageseinrichtungen zu Einrichtungen der frühkindlichen Bildung werden. Dabei geht es nicht darum, eine bestimmte Form des Zusammenlebens in der Familie vorzuschreiben – es geht darum, endlich zu erreichen, dass Männer und Frauen sich tatsächlich ohne Nachteile für die Form ihres Zusammenlebens frei entscheiden können.

Wir setzen uns dafür ein, dass Familien und Bildung gefördert und gestärkt werden. Wir wollen, dass sich Menschen in allen Lebensaltern und Lebenslagen entfalten und ihre individuellen Möglichkeiten entwickeln können.



Einzelhandel in die Ortsmitte

Mit einem in Arheilgen verbreiteten Flugblatt, versuchte der EDEKA-Konzern im vergangenen Oktober in der Bevölkerung für seine firmenpolitischen Interessen zu werben. Hintergrund ist das Vorhaben des Einzelhandelskonzerns anstelle der Filiale in der Stadtteilmitte einen Neubau am nördlichen Ende zu errichten. Zu diesem Zweck wurde in dem Flugblatt eine Umfrage unter Arheilgens Einwohnern vorgetäuscht, die nur zwischen einer Scheinalternative die Wahl lies.

Zur Wahl gestellt wurde einerseits die Möglichkeit des Baus eines neuen Marktes am Ortsrand und andererseits die Zufriedenheit mit dem Status Quo.

Umfrage zur Einkaufssituation bestätigt Politik der SPD

Bereits Ende letzten Jahres hatte die Stadt Darmstadt in einer großen Einzelhandelsumfrage die Arheilger Bevölkerung zu ihren Wünschen befragt.

Die Ergebnisse der Umfrage bestätigte die Position der Sozialdemokraten, die auf die Wiederansiedlung eines Vollversorgers in der Ortsmitte drängen, statt einem Markt in Ortsrandlage den Vorzug zu geben, erklärt der Arheilger SPD Vorsitzende und Stadtverordnete Hanno Benz angesichts der Zahlen. Die Deutlichkeit von fast 80% mit der sich die Arheilger für einen Supermarkt im Ortskern ausgesprochen hatten, sei ein klarer Auftrag an den bisherigen Planungen festzuhalten. „Daran hat sich auch bis heute nichts geändert.“ so Hanno Benz weiter. Auch das Ergebnis der sogenannten EDEKA-Umfrage sei mitnichten so eindeutig, wie sich das der Konzern erhofft habe. Im Gegenteil, trotz der suggestiven Fragestellung hätten sich viele für einen starken Einzelhandel in der Ortsmitte ausgesprochen.

Ortszentrum Arheilgens muß gestärkt werden

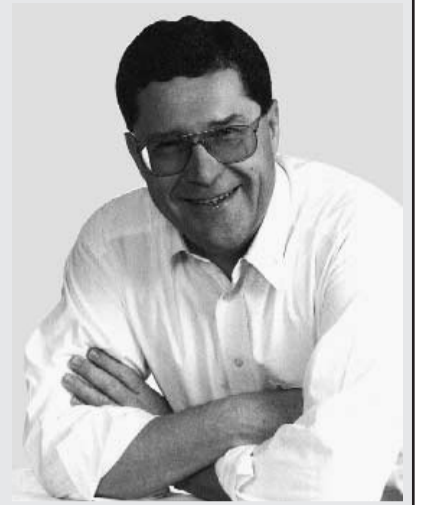
„Die Ansiedlung eines Supermarkts außerhalb des Ortskerns ist Gift für die Entwicklung eines Stadtteils. Wir wollen die Ortsmitte stärken und erhalten. Das ist für uns das entscheidende Kriterium bei der Standortsuche für einen neuen Einkaufsmarkt.“ bekräftigt der Sozialdemokrat seine Position. Jetzt sei es notwendig an die Neugestaltung der Frankfurter Landstraße und des Ortskerns zu gehen. Dazu sei es in erster Linie erforderlich die Straßenbahn die bislang am



Für eine wohnortnahe Versorgung tritt die SPD ein. Durch einen Neubau auf dem Gelände des ehemaligen Tengemann würden alle Gewerbetreibenden im Ortskern profitieren.

Kommunalpolitische Entwicklungsperspektiven unter Berücksichtigung der angespannten Haushaltslage

von Oberbürgermeister Peter Benz



Die Finanzlage in unserer Stadt ist dramatisch und hat sich in den vergangenen Monaten weiter zugespitzt. Für uns bedeutet das: Kommunales Handeln ist an einem Punkt angelangt, an dem es keine Spielräume mehr gibt.

Darmstadt hat in den vergangenen Jahren eine konsequente, nicht immer schmerzfreie Spar- und Konsolidierungspolitik betrieben, um einen notwendigen Beitrag zur Sanierung des Haushaltes zu leisten. Alle Bemühungen jedoch, mit Einsparungen, Haushaltssperren und Konsolidierungsprogrammen gegen die Not anzugehen, haben die strukturellen Defizite unseres kommunalen Finanzsystems nicht abbauen können. Trotz allem ist es im einvernehmlichen Dialog mit dem Koalitionspartner gelungen, einen Beitrag zur Kontinuität und Berechenbarkeit der Stadtpolitik zu erbringen. Wir schließen keine Einrichtungen, wie es andere Städte machen. Wir sparen uns nicht kaputt, sondern investieren in die Zukunft unserer Stadt und für unsere Bürger.

Die katastrophale Haushaltssituation ist nicht hausgemacht, fast alle Städte und Gemeinden in Deutschland befinden sich in einer ähnlichen Situation. Die Städte sind durch neue Steuerverluste, vor allem bei der Gewerbesteuer und den Gemeindeanteilen von Einkommens- und Umsatzsteuer in diese schwierige Situation geraten. Aber das sinkende Steueraufkommen ist nicht die einzige Last, die Städte und Gemeinden, besonders hier in Hessen, zu verkraften haben: Durch pauschale Kürzungen vom Land Hessen werden den Städten und Gemeinden jeweils jährlich 51,1 Millionen Euro im Kommunalen Finanzausgleich entzogen.

Darüber hinaus bedient sich die Landesregierung aus dem Investitionsfonds, der zu 80 % aus Geldern der Kommunen finanziert wird. Ohne starke Städte ist ein funktionierendes Gemeinwesen nicht denkbar. Deshalb brauchen wir wieder mehr Gestaltungsräume und Gestaltungs-freiheiten.

Auch wenn die wirtschaftliche Situation für die Kommunen derzeit nicht rosig ist, schauen wir nach vorn und treiben die Projekte voran, die die Attraktivität unserer Stadt auch weiterhin heben: Die Stadt zahlt auch weiterhin ungekürzt die zugesagten Zuschüsse an Vereine, Verbände und Institutionen in den Bereichen Soziales, Kultur und Sport. Dies ist eine bewusste und für uns besonders wichtige Entscheidung: Wir wollen für die Bürgerschaft das gewohnt hohe Niveau an gesellschaftlichem Leben aufrecht erhalten. Ich betrachte dieses Engagement als Investition in die Gegenwart und in die Zukunft, denn

es liegt mir am Herzen, dass die Menschen auch weiterhin gern in unserer Stadt leben.

Ein Schwerpunkt für die kommenden Jahre bleibt die kommunale Bildungspolitik. Das Sanierungs- und Modernisierungsprogramm für die Darmstädter Schulen wird wie geplant weitergeführt. Über die städtischen Pflichtaufgaben hinaus unterstützen wir den Ausbau familienfreundlicher Schulangebote. Die Flexibilisierung der Betreuungs- und Öffnungszeiten in Kindertagesstätten wird fortgeführt und auf den Krippenbereich ausgeweitet.

Wir sorgen dafür, dass attraktive Wohnviertel erhalten und neue Wohngebiete entwickelt werden. Nicht nur im Zuge der Knell-Entwicklung, sondern auch kurzfristig gibt es in Darmstadt attraktive Baulandangebote; unter anderem in Arheilgen, Kranichstein, am Ostbahnhof, am Wolfhartweg in Eberstadt und auf dem Areal der ehemaligen Ernst-Ludwig-Kaserne, ins-gesamt sind das derzeit rund 1.000 Wohneinheiten.

Gemeinsam mit der TU investieren wir mit dem Bau des neuen Kongress- und Wissenschaftszentrums in die Zukunft der Stadt. Der Bedarf nach modernen Tagungsmöglichkeiten ist vorhanden und wir werden ihn decken. Das Cybernarium soll das Profil unserer Wissenschaftsstadt weiter stärken. Wir werden auch in Zukunft unseren Beitrag leisten, damit das Projekt realisiert wird: Mit dem abgeschlossenen Investorenwettbewerb sind die Voraussetzungen für die Bebauung des Marienplatzes geschaffen worden.

Der Stadtbau im Zusammenhang mit dem Knellgelände, dem Umzug der HEAG-Zentrale und die Fusion mit der Südhessischen wird im nächsten Jahr voranschreiten. Das Projekt geht von der Planungsphase über in die Bauphase. Damit wird die Entwicklung für jeden von uns sichtbar werden. Wir werden Darmstadt weiter voranbringen und sie für die Bewohnerinnen und Bewohner lebens- und lebenswert machen.

„Löwen“ endet, bis an das Ende Arheilgens fortzuführen. Gleichzeitig, so fordert der SPD Politiker, solle die Stadt Darmstadt prüfen, ob es Alternativen zum bislang vorgesehenen Ablauf gebe. Bis der Ausbau der Straßenbahn realisiert ist, sollten Alternativen für den Öffentlichen Nahverkehr geprüft werden, die eine möglichst frühzeitige Herausnahme der Wendeschleife an der Hofgasse ermöglichen und so die Ansiedlung eines Supermarktes und die Umgestaltung des Ortskerns beschleunigen. Dies könne beispielsweise durch den Einsatz von Doppelkopfstraßenbahnen oder durch einen zeitweiligen Busverkehr zwischen Merck und Hofgasse geschehen.

Auch Alternativen denkbar

Die SPD nehme auch die Vorschläge von Oberbürgermeister Benz, der weitere Standorte in der Ortsmitte in die Debatte gebracht hat erfreut auf. „So kommt endlich Bewegung in die Sache“ Auch der OB will auf jeden Fall den Einzelhandel im Ortskern halten

und schlägt zur Lösung drei Varianten vor: Erweiterung der Filiale in der Ettesterstraße, Neubau im Bereich „Goldner Löwe“/HEAG-Halle und - als dritte Variante - einen Supermarkt-Neubau an der Grillparzerstraße, wo ein zunächst geplantes Wohngebiet Südost-Arheilgen wegen der Fluglärmverbotszone nicht mehr realisierbar ist, aber ein Gewerbegebiet neu ausgewiesen werden könnte. Man werde, so die Arheilger SPD, auf jeden Fall dafür sorgen, dass ausreichend Einkaufsmöglichkeiten in Arheilgen geschaffen werden. Darüber hinaus sei auch auf eine Stärkung der lokalen Gewerbetreibenden notwendig und müsse Bestandteil eines integrierten Nahversorgungskonzept sein. Darin unterscheide sich die Politik von den großen Einzelhandelsketten, die ausschließlich ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen im Blick hätten. „Wir wollen, dass auch die Arheilger Einzelhändler von der Ansiedlung eines Vollversorgers profitieren. Das läßt sich nur im Zentrum realisieren.“ macht Hanno Benz die Position der Sozialdemokraten abschließend noch-

Eine Nikolaus-Anekdote aus dem vorigen Jahrhundert

von Hermann Benz

„Ich waß net, woas mit dem Bub los is,“ seegt Ende November die Mudder. „Der is so unleidlich un kujoniert oam ofs Blut. Un vor dir hot er aa koa richtig Regard meh.“ „Ich waß,“ seegt der Vadder, „jetzt muss woas bassiern, ich hab's ehm gedermt. En echte Nikelos kimmt dismol ebei, net so en veklaade Unkel, dem er de Waddeboard abreißt. Durch de Lui kenn ich oan, for e poar Drumbel macht der so en echte Nikelos, dass de selbst noch Angst kriggst.“

Es is 6. Dezember, drauss werds dunkel, die Famillje hot sich in de gut Stubb vesammelt, die Dande aus de Nachberschaft is noch kumme. Hofdor und Hausdier sin ofgesperrt. Un do heern se aach schon of de Trebb es Bollern.

De kloa 5-jährig Ginter ziddert un fengt o zu schnibbse. Un dann steht de Nikelos schon im Dierroahme, fillt en aus, e Drumm vun eme Mannbild mit eme lange Board, Kabuz, Mantel, Schäfte, Rut un eme kloane Sack. Es Gintersche wird examiniert, seegt sei Sprichje of un vespricht alles, woas er dann doch net hält. Ob er ehn net doch in de Sack stecke soll, wie's mit de beese Kinner bassiert, kimmts dumpf unnerm Board raus. Er wär groad bei euner Famillje gewäse, die aach so en kloane Beesewicht hett, den hot er in de Sack gesteckt un schleibt ehn jetzt mit.

Indem reißt er die Stuwedier un die Vorplatzdier of – un wirklich

unne of em Podest in de Eck lehnt en große Sack un aus dem jammert e Kinnerstimm: „Lass mich rauss! Lass mich raus, Nikolaus!“ Ich will auch immer brav sein.“ Em Gintersche rutscht es Herz in die Hos. Die Mama un die Dande gugge sich oo, ob se e Befreiungsaktion starte solle, awer de Vadder schiddelt energisch de Kobb.

Dann is die Famillje mit em Nikelos widder in des Stubb drin un de Sack mit de Geschenke wird ausgeleert. Es Gintersche schnibbst noch, awer is schon mit de Spielsache abgelenkt. De Nikelos poltert die Trebb runner, de Vadder macht schnell die Diern zu.

Dann geht er zum Fenster, machts off un rifft die Mama und die Dande zu sich. Die drei gugge naus. Un do – im Licht von de Hoflamp – kimmt er um die Eck, de Nikelos, awer jetzt lacht er un schwätzt. Die Kabuz hot er nooch hinne geschowe, in de oane Hand de leere, große Sack un an de annern fiehrt er en kloane Bub, der ofgeregt zwitschert. „Des is seun Sohn,“ seegt de Vadder, „die zwaa aweide zamme. Sein Bub is unne of em Trebbeabsatz in de Sack geschlubbt un hot dann von inne de Schnuddel zugehoalde un gejammert.“

Wies Fenster un de Loade zu sin, kimmt langsam vorweihnachtliche Stimmung of in de Famillje. Selbst die zwaa Träncher of en Gintersche seune Backe glitzern.

„Retten, Löschen, Bergen, Schützen“

lautet das Motto der deutschen Feuerwehren. Die Freiwillige Feuerwehr Arheilgen erfüllt diesen Auftrag bereits seit 1881. Derzeit gehören ihr 62 Männer und Frauen an, die gemeinsam mit der Berufsfeuerwehr und drei weiteren Freiwilligen Feuerwehren in Darmstadt Einsatzdienst leisten – ehrenamtlich.

Daneben beteiligt sich die FF Arheilgen am Vereinsleben des Stadtteils. Ein besonderes Augenmerk ist zudem der Jugendarbeit gewidmet. Seit 1991 besteht die Jugendfeuerwehr Arheilgen, der zurzeit 30 Jugendliche zwischen zehn und 17 Jahren angehören. Die Mädchen und Jungen erlernen den Umgang mit der Feuerwehrtechnik und können mit 17 Jahren in die Einsatzabteilung wechseln. Gleichrangig neben der fachbezogenen steht die allgemeine Jugendarbeit: Spiele, Ausflüge, Zeltlager, Filmnachmittage, Arbeitsgruppen und vieles andere mehr. Rund ein Fünftel der gegenwärtigen Einsatzabteilung der Arheilger Feuerwehr ist mittlerweile aus der Jugendfeuerwehr hervorgegangen.

Neben der Jugendfeuerwehr gibt es seit zwei Jahren die Wichtelfeuerwehr, ein für die Eltern kostenloses Angebot, dass sich an Kinder ab fünf Jahren richtet. Derzeit zählen rund 40 Kinder zur Wichtelwehr. Bei ihnen stehen spielerische Elemente im Vordergrund. Gleichwohl lernen die Kinder auch die Gefahren im Umgang mit dem Feuer kennen. Sie erfahren, wie sie sich bei einem Brand verhalten sollen, und üben, wie man die Feuerwehr ruft. Weil Verbote die Neugier nur erhöhen und deshalb mehr Schaden als nützen, wird den Kindern auch der richtige Umgang mit Streichhölzern gezeigt. Dieses spielerische Lernen hat einen ernsten Hintergrund: Unter den rund 600 Brandtoten, die es jedes Jahr in Deutschland gibt, sind viele Kinder.

Die Wichtelwehr trifft sich vierzehntägig samstags von 14 bis 16 Uhr. Interessierte Eltern können sich an die Lei-

terin der Gruppe, Manuela Steckenreuter, unter der Rufnummer (06151) 370437 wenden. Die Jugendfeuerwehr hat ihre regelmäßigen Übungsstunden mittwochs von 18.30 bis 20.30 Uhr (im Winter bis 20 Uhr). Auskünfte erteilt die Jugendfeuerwehrwartin Yvonne Traser unter (06151) 351591.

Ein regelmäßiges Angebot der Jugendfeuerwehr ist die Weihnachtsbaum-sammlung. An den ersten beiden Samstagen im Januar holen die Jugendlichen in Arheilgen und Kranichstein ausgediente Christbäu-

me ab. Sie bitten dabei um eine kleine Spende. Wer diesen Service nutzen möchte, kann sich nach Weihnachten unter der Telefonnummer (06151) 9800236 melden (Anrufbeantworter) oder eine E-Mail an die Adresse jugend@feuerwehr-arheilgen.de senden. Auch ein Zettel im Briefkasten am Gerätehaus, Frankfurter Landstraße 133, kommt an.

Weitere Informationen zu allen Abteilungen der Arheilger Feuerwehr gibt es im Internet unter www.feuerwehr-arheilgen.de.



Die Jugendfeuerwehr in Aktion

Gemeinschaftshaus Rodgaustraße – ein Wunschprojekt nimmt Formen an

Unter der Federführung der Darmstädter Sozialdezernentin Cornelia Diekmann nehmen die Planungen für das Gemeinschaftshaus Rodgaustraße mittlerweile Formen an. Da das Deutsche Rote Kreuz (DRK) Arheilgen in seiner Wache in der Geißengasse zu sehr eingeeignet ist und ebenfalls eine größere Unterkunft braucht, soll es in einem Gemeinschaftsprojekt mit dem DRK entstehen. Geplanter Standort ist der alte Arheilger Kerbeplatz an der Einmündung Rodgaustraße/Messlerstraße. Wenn alles gut geht, könnten die Bagger schon Ende 2004 anrollen.

Die SPD Arheilgen unterstützt das Gemeinschaftsprojekt, das nun gemeinsam vom Deutschen Roten Kreuz, dem Caritasverband und dem Diakonischen Werk getragen wird. „Hoherfreut“ zeigt sich der Arheilger SPD-Stadtverordneter Horst A. Härter über diese Zusammenarbeit: „Nun werden die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, um sowohl für die engagierten Bewohner der Rodgau- und Messlerstraße als auch für das Rote Kreuz die bestehende Raumnot abzuschaffen. Das Gemeinschaftshaus kann sich einem Zentrum für alle Bürger entwickeln.“

Das Gemeinschaftshaus soll über einen großen Raum für Treffen, Versammlungen und Feiern, eine Küche und verschiedene kleinere Räume verfügen. Vorbild ist das Gemeinschaftshaus in der Kirschenallee. Wie dort sollen auch die Bewohner der Siedlung an der Rodgau- und Messlerstraße aktiv in Planung und Führung der Einrichtung mitwirken.

Mit dem Gemeinschaftshaus wird ein soziales Projekt fortgesetzt, das vor 30 Jahren mit der Gründung einer Spiel- und Lernstube begann. Arheilger Jungsozialisten hatten hierfür eine von der Stadt Darmstadt umgewidmete Wohnung renoviert. Praktikantinnen der Sozialpädagogik von der evangelischen Fachhochschule betreuten dann an Nachmittagen in den Räumen eine Hausaufgabenhilfe und Spiele-Nachmittage. An Abenden standen die Räume für Gesprächs- und Beratungsrunden zur Verfügung. In den Folgejahren wurde ein Kindergarten und ein Jugendhaus gebaut. Doch die „Spiel- und Lernstube“ gibt es noch immer. Sie dient nun Aktivgruppen des Wohngebiets als Domizil und der Bedarf nach größeren Räumlichkeiten ist gestiegen.

Im Dezember 2001 brachte die Stadtverordnetenversammlung schließlich die Planung für das Zentrum auf den Weg. Für das Jahr 2002 bereitgestellte Haushaltsgelder ermöglichten eine vorläufige Planung, Kostenabschätzungen und die Beauftragung von 3 Architekturbüros, Pläne für ein Gemeinschaftshaus zu zeichnen. Bis Ende Dezember sollen sie dem Magistrat vorliegen. Sobald das Land die Zuschüsse gewährt hat, kann vielleicht schon Ende 2004 der erste Spatenstich erfolgen...

„Wir sind auf die Planentwürfe gespannt, werden konstruktiv an der Umsetzung mitarbeiten und uns für eine rasche Verwirklichung einsetzen“, kündigen die Sozialdemokraten an.

Oarhelljer Köpp

Peter C. Bernet – Demokrat aus Vernunft und Leidenschaft

Ehemaliger Polizeipräsident lebt seit fast 50 Jahren in Arheilgen

Ehre, wem Ehre gebührt. Lang ist die Liste der Ehrungen und Auszeichnungen, die Peter C. Bernet erhalten hat. Darunter sind das Bundesverdienstkreuz I. Klasse, die Silberne Verdienstplakette und die Freundschafts-plakette der Stadt Darmstadt, Auszeichnungen der Vereinigten Staaten und des Landes Hessen ebenso wie der Feuerwehr, des Deutschen Roten Kreuzes und der Verkehrswacht. Hinzu kommt nun beim Neujahrsempfang der Arheilger SPD am 17. Januar noch die Jubiläumsnadel der Sozialdemokratie für 50-jährige Parteimitgliedschaft. Wer ist dieser Peter C. Bernet, der seit 1953 in Arheilgen lebt und noch nie mit „Lametta“ geschmückter Brust zu sehen war?

Peter C. Bernet wurde im Oktober 1931 in Bessungen geboren. Faschismus und Krieg prägten seine Kindheit, die er zeitweise auf einem Bauernhof evakuiert im Odenwald verbringen musste. Am Ludwig-Georgs-Gymnasium baute er 1951 sein Abitur und studierte anschließend Jura in Frankfurt und an der Verwaltungshochschule in Speyer. Früh hatte er Lehren aus den Erfahrungen des Unrechtsregimes gezogen: Recht und Gesetz sind für ihn schon immer mehr als formale Regeln. Sie müssen den Grundwerten der Freiheit, der Gerechtigkeit und der sozialen Verantwortung folgen. Erst dann sind sie Garant für Menschlichkeit. Sein Motto: Die beste Kriminalpolitik ist eine gute Sozialpolitik.

Gute Kriminalpolitik ist auch Sozialpolitik

Nach der Großen Juristischen Staatsprüfung praktizierte er zunächst als Rechtsanwalt in Groß-Gerau, wurde dann Regierungsassessor beim Regierungspräsidenten in Darmstadt und 1963 Polizeipräsident der Stadt Darmstadt. Damals unterstand die Polizei noch der Stadt und so war er auch gleichzeitig Beauftragter des Oberbürgermeisters für das Brandschutzwesen und den Katastrophenschutz. In seine Amtszeit fielen der Neubau der Freiwilligen Feuerwehr Arheilgens und die Erweiterung ihres Fuhrparks. So lange es seine Zeit zuließ, kümmerte er sich am Verwaltungsseminar um die Nachwuchsausbildung. In dieser Zeit schrieb er auch zusammen mit einem Studienfreund den noch heute gelobten Kommentar zum Hessischen Polizeirecht.

Schon immer förderte Peter Bernet ehrenamtliches Engagement, bei der Verkehrswacht und in zahlreichen anderen Vereinen. Demokratie lebt schließlich vom Gemeinsinn und Einsatz ihrer Bürger.

Vorbeugen ist besser als strafen

Nach der Umorganisation der Polizeiverwaltung ernannte ihn der Innenminister 1974 zum staatlichen Polizeipräsidenten des Landes Hessen,



zuständig für Darmstadt und den Landkreis Darmstadt-Dieburg. „Vorbeugen ist besser als strafen“ war immer sein Handlungsmotiv. Noch wirkte der Studentenprotest nach. Im Umgang mit größeren Menschenmassen ließ er in Darmstadt erstmals Polizisten psychologisch schulen. Er wirkte der Rauschgiftkriminalität als einer der ersten in Hessen durch frühzeitige Aufklärung in den Schulen entgegen. Für Unfallverhütung durch Aufklärung und Verkehrserziehung machte er sich stark. So wurde auch der Verkehrsschulgarten in der Orangerie ordentlich ausgebaut. Auch die Polizei sollte mehr Demokratie wagen und Präsenz im Stadtteil zeigen. Unter Peter Bernet wurden deshalb die Kontakte mit den Beamten in Kranichstein eingeführt. Er erreichte auch, daß die Stadt die gesamte alte Bürgermeisterei Arheilgens für das vergrößerte 3. Revier zur Verfügung stellte.

Ende 1994 trat Peter Bernet in den Ruhestand. Seitdem hat er etwas mehr Zeit für die Familie und seine größten Hobbys – Lesen, Reisen und Angeln. Bernet ist übrigens als letzter „Polizeipräsident in Darmstadt“ in Pension gegangen. Sein Nachfolger ist jetzt als „Polizeipräsident in Südhessen“ für ganz Starkenburg außer Offenbach zuständig, eine Organisationsform, für die Bernet mehr als 20 Jahre gekämpft hat.



Noch liegt er brach, der zukünftige Standort des Gemeinschaftshauses. Nach dem Willen der SPD soll hier bald gebaut werden.